

<https://www.berliner-zeitung.de>

Die pädagogische Republik Deutschland: Der moderne Untertan kniet nicht, er nickt

Die Bundesrepublik leidet an einem Mangel an demokratischer Zumutung. Über ein Land, das seine Bürger im Namen der Freiheit vor der Freiheit schützt.

Thomas Fasbender. Alexander Dergay

Deutschland gehört zur westlichen Welt – ein Satz aus [Konrad Adenauers](#) erster Regierungserklärung als [Bundeskanzler](#) im September 1949. Seither ist der Satz fester Bestandteil der Beschwörungsrituale unserer Demokratie (die inzwischen selbst, als „unsere Demokratie“, zum Beschwörungsritual geworden ist).

Deutschland ist also im Westen angekommen. Doch wer irgendwo ankommt, kommt woanders her. Weshalb auch kein [britischer](#) Premierminister je sagen würde: „Großbritannien gehört zur westlichen Welt.“ Großbritannien war nie woanders, wird nie woanders sein. Manche Dinge verstehen sich von selbst.

Im Fall der Deutschen ist die Zugehörigkeit eine Beschwörung, keine Selbstverständlichkeit. Die Gründe reichen tief in die Geschichte. Vom äußersten Westen abgesehen, gehörte das heutige Deutschland nicht zur [römischen](#) Welt. Während die [Gallier](#) stolze Römer wurden, blieben die Germanen stolze Barbaren. Gleichzeitig schuf das römische Recht mit Begriffen wie „Bürger“ oder „Person“ ein völlig neues, von der barbarischen Welt streng unterschiedenes Selbstverständnis des Einzelnen und der Gesellschaft.

Es ist der antike römische Staat, auf dessen kultureller Basis der heutige Westen fußt, auch jenseits des europäischen Kontinents. Die USA, Kanada und Australien stehen in der angelsächsisch-protestantischen Tradition, Lateinamerika in der römisch-katholischen – beide wurzeln in Vorstellungen von Recht und Ordnung, die sich im antiken Rom herausbildeten.

Kollektive Klischees seit Jahrhunderten

Die Frage liegt auf der Zunge: Wie kann ein Selbstverständnis, das einer völlig anderen Zeit und völlig anderen Bedingungen entsprang, über zwei Jahrtausende hinweg in einer derartigen Weise prägend sein? Die Erklärung ist, dass kulturelle Prägungen erlernt und weitergegeben werden. So entsteht kollektive Mentalität. Muster des Verhaltens und der Kommunikation, tausend Selbstverständlichkeiten, die dem Einzelnen wie naturgegeben erscheinen, werden von Generation zu Generation tradiert.

Im Ergebnis entsteht, woran kollektive Klischees seit Jahrhunderten festmachen. Die nationalen Eigenschaften, die sich Russen, Deutsche, Franzosen und Engländer vor 500 Jahren gegenseitig zuschrieben, unterscheiden sich nicht wesentlich von den heute gängigen Vorurteilen.

Charakteristisch für die westliche Kultur ist ihr Menschenbild, und das steht in der Verlängerung der römischen Ausgestaltung von Begriffen wie Person und Bürger. Als Person wird der Einzelne zum Subjekt von Rechten und Pflichten, als Bürger wird er zum Subjekt von Teilhabe. Diesem Verständnis, das mit der Renaissance in das europäische Denken zurückkehrte, verdanken wir die Aufklärung und die Demokratie, den Individualismus und die Menschenrechte.

Wer von europäischen Werten spricht, definiert daher unkorrekt. Europa reicht bis zum Ural, und in Russland herrschen offensichtlich andere Vorstellungen von Person und Bürger, von Rechten, Pflichten und Teilhabe. Die sogenannten europäischen Werte sind streng genommen römisch-westliche, und damit stellt sich die Frage nach der Selbstverortung der europäischen Mitte zwischen Ost und West.

Auch die EU ist kein homogener Block aus 450 Millionen Menschen mit identischer Mentalität, Kultur und Geschichte. Die deutschen Lande, früher einmal der Sprachraum von Ostpreußen bis fast zum Genfer See, von Nordfriesland bis Südtirol, waren jahrhundertlang ein Scharnier zwischen der slawischen und der romanischen Welt. Beiden nicht zugehörig, charakterisiert auch noch das im 20. Jahrhundert erheblich gestutzte Restdeutschland, die heutige Bundesrepublik.

Wir sind gewissermaßen weder noch – man könnte auch sagen: Wir sind sowohl als auch. Da gibt es alles: das autoritätshörige Ostelbien und die liberale Beschwingtheit der Rheinprovinz, enges Muckertum und weitherzigen Freisinn in je einer katholischen und einer protestantischen Ausgabe, bodenständige Bayern und weltläufige Hanseaten.

Schwächer ausgeprägt als im eigentlichen Westen – Frankreich, Italien, Großbritannien – ist in Deutschland der Individualismus. Man schätzt den Konsens, desgleichen Harmonie und Eintracht. Außenseiter und überhaupt Menschen mit abweichenden Meinungen gelten in der angelsächsischen Welt als originell, zumindest wecken sie Neugier. In Deutschland erwirbt man sich als Außenseiter einen zweifelhaften Ruf. Die Gesellschaft hat wenig Sinn dafür.

Außenseiter und Abweichler werden verbannt

Regelrecht greifbar wird das in Zeiten des Kulturkampfes. So werden die äußerst heftigen Auseinandersetzungen um Wokeness, Gendern, Fortschritt und Rückschritt nicht argumentativ geführt, sondern mit Mitteln der Diskreditierung, Diffamierung und Ausgrenzung. Das geht bis in die Freundeskreise und Familien hinein. Meinungen und Haltungen werden zu Merkmalen, entlang derer sich ein Gruppen-Wir kristallisiert. Der Umgang mit dem Nicht-Wir wird sanktioniert, wenn nicht gar tabuisiert. Im Verstoßfall entsteht Schuld, Kontaktschuld, die auf dem Wege öffentlicher Selbsterniedrigung – der alte Pranger – abgebußt werden muss.

Stichwort Pranger: Wir sind dem Mittelalter so viel näher, als wir glauben. Außenseiter, Abweichler und Ausder-Reihe-Tänzer werden wie seinerzeit die Leprösen aus der Stadt verbannt, falsche Meinungen pathologisiert. Das sozialistische Lager im 20. Jahrhundert, auch eine Vorhut der Moderne, steckte seine Dissidenten in psychiatrische Kliniken. Die Logik dahinter: Es gibt die eine Wahrheit – damals waren es die historischen Gesetze des Marxismus – und nichts als die eine Wahrheit. Wer sie leugnet, muss geisteskrank sein.

Am Grunde liegt mehr als nur die Unfähigkeit, zu streiten. Vielleicht sind es die Folgen der monotheistischen Wende, der oft gewaltsam erwirkten Abkehr von der Vielgötterei in eben jenem Mittelalter. Monotheismus zwingt, Wahrheit auf einen einzigen Begriff, eine einzige Form zu reduzieren.

Das strahlt bis in die Gegenwart aus. Die Fundamentalisten des säkularen Europas verteidigen „unsere Demokratie“ und „die europäischen Werte“ mit demselben Furor wie voraufklärerische Christen ihre Glaubenssätze – und wie Islamisten die Wahrheit ihres Korans.

Kein schlechter Nährboden für die Islamisierung

Der Franzose Michel Houellebecq hat in seinen Romanen gezeigt, dass Europa gar keinen schlechten Nährboden für die Islamisierung abgeben wird. Mit dem Niedergang des säkularen Glaubens an Gleichheit und Fortschritt endet nämlich nicht die Bereitschaft zur Glaubensstrenge, auch nicht die monotheistische Prägung.

Ebenso wenig endet die Sehnsucht nach Autorität. Auch darin lebt das mittelalterliche Bild von dem einen Gott im Himmel und dem einen König auf Erden fort. Sinnbildlich gilt das Gleiche für Meinungen. Zwei Meinungen über denselben Gegenstand zuzulassen, verlangt die Fähigkeit zur Ambivalenz. Ob diese Fähigkeit in Deutschland geschätzt wird, darüber lässt sich streiten. Während man den rhetorischen Disput an angelsächsischen Universitäten regelrecht trainiert, herrscht hierzulande die Vernunft. Wir sind ein praktisches Volk, lösungsorientiert, und Vernunft ist oft genug, was der gesunde Menschenverstand uns erkennen lässt. Das ist selten zweideutig.

Die Mächtigen haben es in aller Regel leicht mit uns. Ein einziges Mal in der deutschen Geschichte haben Revolutionäre einen Staat beseitigt: 1989 in der DDR. Die Revolution von 1848 blieb halbherzig und unvollendet, die Revolution von 1918 wurde niedergeschlagen. Es ist bezeichnend, dass die mit Abstand größten Demonstrationen in der fast 80-jährigen Geschichte der Bundesrepublik regierungsfreundlich waren. Mindestens zwei Millionen Menschen gingen Anfang 2025 auf die Straße, um für den Status quo einzutreten.

Nummer zwei im Demonstrationsranking der Nachkriegszeit war übrigens der Volksaufstand im Juni 1953 in der DDR (gemessen an der Bevölkerung sogar die Nummer eins). Damals waren eine Million Menschen auf den Beinen; mehr als 50 von ihnen bezahlten die Teilnahme mit dem Tod.

Es wird schlimmer werden, es wird zwicken müssen

Man muss die Deutschen schon ordentlich zwicken, bis es zum Widerstand kommt. Das war unter der Nazidiktatur nicht anders. Erst im Juli 1944, als die Lage vollends aussichtslos war, kam es zur einzig halbwegs erfolgversprechenden Aktion gegen den Diktator.

Was bedeutet das für Gegenwart und Zukunft? Eine Mehrheit der Deutschen ist unzufrieden mit der wirtschaftlichen und politischen Lage, doch einen Kurswechsel riskieren will diese Mehrheit nicht. Es ist, wie wenn im Winter nachts die Heizung ausfällt. Man könnte in den kalten Keller gehen und sie reparieren, doch solange es unter der Bettdecke noch warm ist, rafft niemand sich auf.

Es wird also schlimmer werden, es wird zwicken müssen. Hinzu kommt, dass in Deutschland einer der wichtigsten demokratischen Mechanismen ausfällt: der Wechsel zwischen Regierung und Opposition. Dahinter steckt mehr als der Wechsel von Regierungsparteien. Der linksliberale Zeitgeist, der das vergangene Vierteljahrhundert dominierte und nun von rechts mächtig angegangen wird, will von der Macht nicht lassen. Die

rechten Gegner werden als Demokratiefeinde ausgegrenzt, das System als „unsere Demokratie“ expropriert und monopolisiert.

Hier schlägt Mentalität in Ordnung um. Was historisch als deutsche Scheu vor dem offenen Konflikt sichtbar wurde, ist in der Bundesrepublik nicht verschwunden; es hat institutionelle Form angenommen. Aus dem Bedürfnis nach Einhegung wurde eine politische Bauform, aus der Angst vor Streit die betreute Demokratie.

Der Untertan trägt keine Pickelhaube mehr

Die Schwäche dieser Demokratie zeigt sich nicht im Mangel an Bekenntnissen. Das Bekenntnis sitzt – im Unterricht verinnerlicht, an Gedenktagen beschworen, in Leitartikeln verteidigt. Gerade deshalb ist es so schwer, über das eigentliche Problem zu sprechen. Die Deutschen glauben an die Demokratie, aber sie misstrauen der demokratischen Zumutung. Sie schätzen die Opposition, solange sie nicht wirklich opponiert. Sie bejahen den Wechsel, solange er „unsere“ Axiome nicht berührt. Sie verteidigen die Meinungsfreiheit, solange die falschen Meinungen nicht zu laut werden.

In dieser Lücke zwischen freiheitlicher Verfassung und einem unfreien politischen Temperament lebt der Untertan fort. Er trägt keine Pickelhaube mehr. Er zitiert das Grundgesetz, hält sich für aufgeklärt – und wendet sich, kaum dass der Konflikt ernst wird, an die zuständige Meldestelle.

Darin liegt die Tragik der Bundesrepublik. Sie ist autoritär im Namen der Demokratie. Ihre Sanktionen treten selten als Befehle auf. Sie äußern sich als Argwohn, der sich Verantwortung nennt. Wer abweicht, gefährdet den Zusammenhalt. Wer widerspricht, spielt den Falschen in die Hände. Wer auf offenem Streit besteht, polarisiert. Wer radikale Reformen fordert, spaltet. Wer auf demokratischen Wechsel pocht, destabilisiert. So entsteht eine Ordnung, in der politischer Konflikt formal erlaubt, moralisch aber verdächtig ist.

Die streitbare Demokratie schützt die Freiheit vor ihren Feinden. Die betreute Demokratie schützt den Bürger vor der Freiheit selbst – besser gesagt: vor ihrem falschen Gebrauch. Nach 1949 war die Streitbarkeit zwingend. Eine Republik, die aus Weimar und dem Nationalsozialismus hervorging, musste verhindern, dass ihre Institutionen abermals mit den Mitteln der Freiheit gegen die Freiheit selbst gewendet würden.

Unsere Demokratie: warm und einladend

Inzwischen ist aus historischer Wachsamkeit ein politischer Reflex geworden. Demokratie wird nicht nur gegen ihre Gegner verteidigt, sondern gegen Unruhe, Unübersichtlichkeit und die Zumutungen politischer Entscheidungen überhaupt.

Verräterisch in diesem Zusammenhang ist der Ausdruck „unsere Demokratie“. Er klingt warm, einladend, gemeinschaftsstiftend. Doch das Possessivpronomen markiert Besitz. „Unsere Demokratie“ gehört nicht mehr dem Demos, dem Volk in seiner widersprüchlichen, unbequemen Gesamtheit, sondern den Hohepriestern, die ihr Wesen monopolisieren. Aus einer Staatsform wird eine Gesinnung, aus einem Verfahren ein Glaubensakt. Aus politischen Gegnern werden Ordnungsstörer. So wandelt sich der Kulturkampf, der das Land seit Jahren prägt, zur hegemonialen Besitzstandswahrung im Tonfall der Tugend.

Begünstigt wird diese Entwicklung durch die Bauform der Bundesrepublik selbst. Deutschland hat keine plebiszitäre Demokratie, sondern eine Parteien-, Verbände-, Ausschuss-, Gerichts- und Konsensdemokratie. Die Volkssouveränität wird vielfach vermittelt: durch Fraktionen, Koalitionsrunden, Ministerialbürokratien, Landesregierungen, Vermittlungsausschüsse, Verfassungsgerichte und organisierte Interessen. Für einiges gibt es gute Gründe, manches ist historisch klug, anderes institutionell notwendig. Doch die Nebenwirkungen sind unübersehbar. Der Souverän, das Volk, gewöhnt sich daran, dass Politik etwas ist, was andere für ihn sortieren.

Der Bürger soll wählen, aber möglichst selten entscheiden. Er soll auch beteiligt werden – bevorzugt in gerahmten, moderierten und eingehegten Formaten. Auf Bundesebene bleibt direkte Demokratie die große Leerstelle. Die demokratische Weihehandlung ist der Wahlakt alle paar Jahre – dann beginnt die lange Phase der Zuschauerdemokratie. Wer nicht in den Maschinenräumen der Republik verkehrt, erlebt Politik nicht als Ausdruck seines Willens, sondern als Fernverwaltung seines Lebens.

Die Verwaltung des Niedergangs

Das erklärt die deutsche Reformblockade besser als jede einzelne Fehlentscheidung. Deutschland leidet nicht nur am mangelhaften politischen Personal. Es leidet an einer Gesellschaft, die das mangelhafte Personal erträgt, solange es den Anschein von Stabilität gewährt. Die Verwaltung des Niedergangs erscheint sicherer als das Risiko des Aufbruchs. Man wartet, bis der Schaden objektiv geworden ist, bis die Brücke gesperrt, der Zug ausgefallen, die Fabrik geschlossen, die Schule verfallen ist. Erst dann fragt sich das Land, ob vielleicht etwas nicht stimmt. Und auch dann fragt es zunächst, welche Kommission zuständig ist.

Der Untertan ist nicht der Zufriedene. Er kann sehr unzufrieden sein. Er kann schimpfen, murren, spotten und innerlich kündigen. Aber er verwandelt Unzufriedenheit nicht in Bürgerenergie. Er meidet den Sprung aus der

Klage in die Verantwortung. Er will, dass „die da oben“ endlich handeln – und bleibt dadurch an sie gebunden. Selbst in seiner Empörung bestätigt er die Obrigkeit, die er beklagt.

Die Wahrheit wird nicht im Streit gesucht, sondern durch Zuständigkeit beglaubigt. Wer spricht? Aus welcher Ecke kommt er? Darf man ihn zitieren? Darf man mit ihm auf einem Podium sitzen? Die Ständegesellschaft kehrt als Diskursgesellschaft zurück. Nicht jeder Satz zählt gleich viel. Nicht jeder Bürger ist gleich gesprächsfähig. Das allgemeine Wahlrecht existiert fort, aber im Raum der legitimen Rede entstehen neue Grenzen, neue Mauern. Man darf eine Stimme haben, aber nicht immer darf sie hörbar sein.

Hier zeigt sich, warum die Debatte über Meinungsfreiheit so unehrlich geführt wird. Es gibt keine Behörde, die das Gespräch am Küchentisch überwacht. Die entscheidende Frage ist viel subtiler: Sagen Menschen noch, was sie denken, wenn ein falscher Satz berufliche oder soziale Folgen haben kann? Demokratie lebt nicht nur vom Recht zur Rede, sondern von ihrem gewohnheitsmäßigen Gebrauch. Wenn dieser Gebrauch untergeht, bleibt die Freiheit im Gesetzbuch und verschwindet aus dem Alltag.

An ihre Stelle tritt die pädagogische Republik. Unablässig spricht sie von Mündigkeit, traut dem Bürger aber immer weniger zu. Sie erklärt, sensibilisiert, warnt, fördert, begleitet, ordnet ein. Da ist vieles gut gemeint, vielleicht sogar notwendig. In der Summe jedoch entsteht ein Staat, der seine Bürger als Risikogruppe behandelt, nicht als Souverän. Der Bürger, so der Anschein, muss demokratisch erzogen werden, damit er demokratisch wählt.

Damit schließt sich der Kreis. Der Obrigkeitsstaat ist nicht verschwunden, er hat nur die Sprache gewechselt. Früher hieß es Pflicht, Ordnung, Kaiser und Vaterland. Heute sagt man Verantwortung, Haltung, Solidarität und „unsere Demokratie“. Früher verlangte der Staat Gehorsam, heute erwartet er Einsicht. Früher diktierte die Obrigkeit von oben herab, heute spricht sie durch Netzwerke, Stiftungen, Redaktionen, Experten, Behörden und zivilgesellschaftliche Programme. Der moderne Untertan kniet nicht. Er nickt.

Deutschland ist nicht per se demokratieunfähig

Die eigentliche Frage ist nicht, ob Deutschland formal eine Demokratie ist. Es ist eine. Auch nicht, ob die Deutschen demokratische Institutionen wollen – sie wollen sie. Es gibt auch Widerstand, Mut, Dissens und freiheitliche Tradition. Die Frage ist, warum diese Energien unsere politische Kultur nicht prägen. Warum die Bürger erst in seltenen Ausnahmesituationen zu sich selbst finden. Warum Freiheit erst dann als Freiheit begriffen wird, wenn ihr Verlust schon spürbar ist. Warum es erst richtig zwicken muss.

Die Bundesrepublik steht nicht vor einer Diktatur, aber vor einer Entscheidung über ihre demokratische Reife. Will sie eine Bürger- oder eine Betreuungsdemokratie sein? Traut sie dem eigenen Volk nur die Zustimmung zu oder auch den Irrtum, den Protest, den Wechsel, die Zumutung? Hält sie Opposition für einen Bestandteil des Ganzen oder für eine Krankheit an den Rändern? Ist Demokratie ein offenes Verfahren mit ungewissem Ausgang oder ein moralisch begrenzter Raum, in dem am Ende nur bestimmte Ergebnisse zugelassen sind?

Deutschland ist nicht per se demokratieunfähig. Das wäre zu bequem und falsch. Aber Deutschland ist demokratieungeübt – ungeübt im offenen Konflikt, ungeübt in der Niederlage, ungeübt in echten Machtwechseln, ungeübt im Respekt vor dem Anderen. Die Bundesrepublik hat Demokraten hervorgebracht, aber sie hat den Untertanen nie verloren. Er steht nur nicht mehr stramm. Er sitzt im Publikum, applaudiert gratismutig an den richtigen Stellen, empört sich über die richtigen Gegner und wartet darauf, dass Experten seine Haltung adeln.

Der Untertan ist kein Relikt, sondern eine Versuchung der Gegenwart. Er wählt Sicherheit statt Freiheit, Haltung statt Urteil, Zugehörigkeit statt Souveränität, Wir-Denken statt Selbstdenken. Man steht auf der richtigen Seite, ohne stehen zu müssen. Womöglich liegt darin die eigentliche Gefahr. Eine Demokratie stirbt nicht nur dann, wenn ihre Feinde sie stürmen. Sie verkümmert, wenn ihre Freunde sie in Watte packen, pädagogisch beaufsichtigen und vor dem Volk schützen, in dessen Namen sie existiert.